

Aus dem Hohen Hause

Finanzbeschluss Landesbibliothek

Es war interessant mitzuhören, wie sich die Alleskönner der Neuen Fraktion im Mai Landtag mit Händen und Füßen gegen den Verpflichtungskredit Landesbibliothek stemmten. Krampfhaft versuchten insbesondere die Herren Hasler und Rehak das sprichwörtliche Haar in der Suppe zu finden. Sie wurden aber nicht fündig. Trotzdem wurde wegen allem genörgelt und gestänkert, dennoch stiess ihr Antrag zur Rücküberweisung des Berichts und Antrags auf gar keine Echo. Der zusätzliche Antrag, den Verpflichtungskredit einer Volksabstimmung zu übergeben, fand eben so wenig Anklang.

Also: Ausser Nörgeln und Besserwissen nichts gewesen. Wenn die Neuen doch schon so überzeugt von ihrer Meinung sind und im Glauben sind, das Volk würde ihnen die nötige Unterstützung geben, wäre es doch ein Einfaches gewesen, die benötigten 1000 Stimmen für ein Referendum bzw. eine Volksabstimmung zu sammeln? Aber eben, dazu braucht es halt mehr als nur eine grosse Klappe!

Lebensraum Wald

Als Nichtjäger und aufmerksamer Zuhörer der Landtagsdebatte durfte man sich schon fragen, wie einzelne Landtagsabgeordnete, die

von Wald und Wild wohl genau so wenig Ahnung haben wie ich, beflügelt durch die in den Zuschauerreihen sitzenden Förster und anderen Wald- und Holz-Profiteure, ihre Wald- und Wildkenntnisse mit solcher Selbstüberzeugung zum Besten gaben, dass man hätte meinen können, sie seien beruflich Jäger, Förster und Waldingenieure in einer Person.

Berühmt natürlich ein Triesenberger Abgeordneter, der alles schon vor 20 Jahren wusste und sein Votum mindestens 5 mal wiederholte, damit wir Talbewohner es auch noch kapieren.

HARRY QUADERER

Sonderregelung für österreichische Angestellte in der Landesverwaltung

von Ado Vogt

Gross war die Empörung, als die Angestellten des Spitals Grabs (und anderer öffentlicher Unternehmen, der Einfachheit halber schreibe ich nur vom Spital Grabs) mit Wohnsitz in Liechtenstein auf einmal ihr Einkommen in der Schweiz versteuern mussten. Was war geschehen: Ursprünglich übernahm das Land Liechtenstein eine Trägerschaft für das Spital Grabs. Laut Staatsvertrag versteuern somit die Arbeitnehmer

ihren Lohn beim Wohnsitz. Dies funktionierte seit 1977 reibungslos, für die rund 70 Angestellten aus Liechtenstein war dies natürlich ein willkommenes Zückerchen und sicherlich ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Spitals als Arbeitgeber.

Mit der Änderung der Trägerschaft und somit der Steuerpraxis ergab sich für die meisten Angestellten eine Verdoppelung der Steuerlast. In einem Artikel im 2017 schrieb ich, dass man eine Sonderlösung

für diese Menschen hätte anstreben sollen, da es anderswo auch Sonderlösungen gebe. Das wurde damals seitens Regierung verneint.

Jetzt hat man das aber genau für die österreichischen Angestellten, die bei einem öffentlichen Unternehmen in Liechtenstein arbeiten, gemacht. Um in Österreich Steuern zu sparen, werden diese Gehälter neu in 14 Monatsraten ausbezahlt.

Sonderlösungen sind möglich, nur halt nicht für alle.

Bullshit Jobs!

von Jack Quaderer

In der «Bilanz» vom Februar dieses Jahres beschrieb Florence Vuichard ziemlich genau, was «Bullshit Jobs» sind. Den Begriff «Bullshit-Job» hat der Anthropologe und Buchautor David Graeber in seinem Bestseller mit dem gleichen Titel kreiert. «Ein Bullshit Job ist eine Form der bezahlten Anstellung, die so vollkommen sinnlos und unnötig ist, dass selbst derjenige, der sie ausführt, ihre Existenz nicht rechtfertigen kann, obwohl er sich im Rahmen der Beschäftigungsbedingungen verpflichtet fühlt, so zu tun, als sei dies nicht der Fall.»

In Liechtenstein brüstet man sich immer noch damit, man habe eine effiziente und schlanke Verwaltung. Ob das wirklich so ist, bezweifle ich sehr stark. Man beobachte einmal die Stellenanzeigen über einen gewissen Zeitraum: Wer und was da alles gesucht und angestellt wird! Dann kommen noch die befristeten Stellen dazu, die nicht ausgeschrieben werden. Die modernen Funktionäre der öffentlichen Verwaltung arbeiten heute in der Kommunikations-, der Compliance-, der IT- oder in der Personalabteilung. Sie tragen nicht selten englische Berufsbezeichnungen und erledigen Aufgaben, von denen niemand so genau weiss, was sie eigentlich beinhalten. Bei uns ist festzustellen, dass eine enorme Zahl an Juristen in der Verwaltung beschäftigt wird.

Würden beim Bauamt die Strassenfeger oder die Mitarbeiter der Grünanlagen wegrationalisiert oder bei der Post Briefträger entlassen, so würde man die Folgen ziemlich rasch merken. Die Strassen wären dreckig, die Rabatten verwuchert, die Postzustellung unregelmässig

usw. Hingegen dürfte ein Abbau in der Kommunikations-, Rechts-, IT-, oder Personalabteilung relativ unbemerkt vonstatten gehen. Sehr wahrscheinlich würden die wenigsten dieser Leistungen vermisst werden. David Graeber geht noch weiter, er hat den Verdacht, dass es der Welt in diesem Fall sogar besser gehen würde. Er ist auch überzeugt davon, dass ein beachtlicher Teil der Bull Shit Job-Halter wissen, dass sie eigentlich für eine ziemlich sinnlose Arbeit sehr gut bezahlt werden.

Adrian Ritz Professor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern bezweifelt, dass die Arbeit heute per se sinnleerer sei als früher. Jede Zeit kannte ihre sinnlosen Tätigkeiten. Die zunehmende Spezialisierung und Arbeitsteilung tragen dazu bei, doch diese gebe es ja nicht erst seit heute. Aber auch Ritz beobachtet eine merkliche Ausweitung im «Overhead», wobei es hier zwischen der legalistischen und der managerialen Bürokratie unterscheidet. Erstere entsteht durch neue und immer mehr Gesetze. Sie ist gewollt oder wird zumindest in Kauf genommen. Die manageriale Bürokratie hingegen weitet sich unbemerkt aus. Sie hat stark zugenommen sagt Ritz. Dies führt zu Papier ohne Ende, keiner ist verantwortlich, keiner darf entscheiden und so wird das Papier im Kreis herumgereicht. Falls dann etwas schiefliegt, ist auch keiner Schuld am Debakel. Jeder hat das Papier gesehen und jeder hat das Kreuz an der richtigen Stelle gemacht. Kommt einem doch bekannt vor?

Adrian Amstutz, Nationalrat und Mitinhaber eines Architekturbüros, berichtet, «keiner könne Entscheidungen treffen und keiner wisse,

was seine Aufgabe sei.» Deshalb würden letztlich einfach Papierhaufen im Kreis herum gereicht, Leerlauf ohne Ende und oft ohne Ergebnis. Triff dies bei unserer Landesverwaltung auch zu? Amstutz Kritik richtet sich hauptsächlich gegen die öffentliche Verwaltung, aber das gleiche Muster erkenne man immer häufiger auch in der Privatwirtschaft, zuerst bei Konzernen, mittlerweile auch bei mittelgrossen Unternehmen. Es sei eine Seuche und dies habe mit neuen Gesetzen nichts zu tun, ergänzt Amstutz, und entkräftete damit die Lieblingsausrede der Wirtschaftsführer.

Die Situation ist hausgemacht. Es ist die Folge davon, dass alle Chefs sein wollen. Jeder Chef will möglichst viele Untergebene, aber sicher mindestens zwei, denn ein Einzelner könnte zum Rivalen werden. Wenn dann die Untergebenen wiederum je zwei Untergebene erhalten, dann machen letztlich sieben Personen das, was vorher ein Beamter erledigte!

Interessant wäre einmal zu erfahren, was das Projekt «Verwaltungsreform» der Landesverwaltung, das der ehemalige Regierungschef Tschüscher initiierte, gebracht hat. Dazu stellen sich mir folgende Fragen: Wie viele Stellen konnten eingespart werden? Wie viel Geld konnte eingespart werden? Oder wurden gar noch mehr Stellen geschaffen? Zu guter Letzt die Frage, hat der Bürger etwas davon gemerkt, geht es nun schneller bei einer Bewilligung, oder kostet etwas weniger Gebühren?

Was meint Ihr, geschätzte Leser/innen, wie viele «Bullshit Jobs» leistet sich Liechtenstein? Der Staat? Die Wirtschaft?

AUS DEN GEMEINDEN

Rheindamm gesperrt

Den Rheindamm zwischen der Lettstrasse und der Oberen Rüttigasse für den Autoverkehr zu sperren, damit nur noch die Velofahrer einen direkten und sicheren Arbeitsweg von Buchs nach Vaduz haben? Das ist Schwachsinn! Wie viele Velofahrer fahren im Frühling, Sommer, Herbst oder im Winter bei jedem Wetter mit dem Velo von morgens bis abends?

Der Rheindamm sollte weiterhin bei Stau oder in den Stosszeiten eine Ausweichmöglichkeit sein für die Auto- und LKWfahrer. Wenn der Rheindamm sowieso gesperrt ist für den Verkehr, dann sollte man auch ein Fahrverbot für die Velos auf der Landstrasse einführen! Sie sind ein Hindernis auf der Landstrasse vor

allem zu den Stosszeiten, kennen teilweise Vortrittsrechte nicht oder fahren provokativ in der Mitte der Fahrspur.

Wir, die Bevölkerung Liechtensteins, wurden nicht gefragt, ob wir so eine Fahrradbrücke wollen oder brauchen. CHF 656'500 zahlte die Gemeinde Vaduz, das Land Liechtenstein beteiligte sich mit knapp CHF 1,098 Mio..

Die Bevölkerung ist gut genug zu zahlen und die Öffentliche Hand wirft unser Geld aus dem Fenster hinaus, sobald irgendeine Lobby oder Interessengruppe ein Projekt realisieren will, das nur ihnen gefällt.

BIANCA RISCH

Nordumfahrung Nendeln: Wann gibt es eine Umsetzung?

Viele ärgern sich jeden Wochentag über den zähen und lärmigen Verkehr in Nendeln. Viele denken, wann wird denn etwas geändert? Viele schimpfen, aber es geschieht nichts. Einfach nichts seit einigen Jahren.

Obwohl die Gemeinde Eschen schon längst im Ortsrichtplan die Umfahrung der Engalkreuzung eingeplant hat und die Regierung von dieser Planung auch Kenntnis hat, geschieht nichts. Einfach nichts!

Die Autofahrer behelfen sich mit Schleichwegen und belasten damit die Anwohner. Die Folge daraus... Ärger und Missmut.

PETER LAUKAS

Schaanwald: Umfahrung Vereinshaus Zuschg

Nach zehnjährigem Stillstand soll nun der Landtag im Herbst den Finanzbeschluss zur Umfahrung des Vereinshauses Zuschg beschliessen. Das Gebäude wurde 2010 eröffnet und funktioniert einwandfrei. Es wurde damals an den Strassenrand gebaut, in der Annahme die Strasse werde sowieso verlegt. (Land und Gemeinde haben wissentlich

gegen das Baugesetz verstossen.) Nach den neusten Infos soll nun auch noch der Bahnhof disloziert werden. Für mich sind dies zu viele Schildbürgerstreiche auf einmal. Wer hilft mit, diesem Ansinnen ein Ende zu setzen, wenn der Landtag positiv dem Finanzbeschluss gegenübersteht?

JACK QUADERER

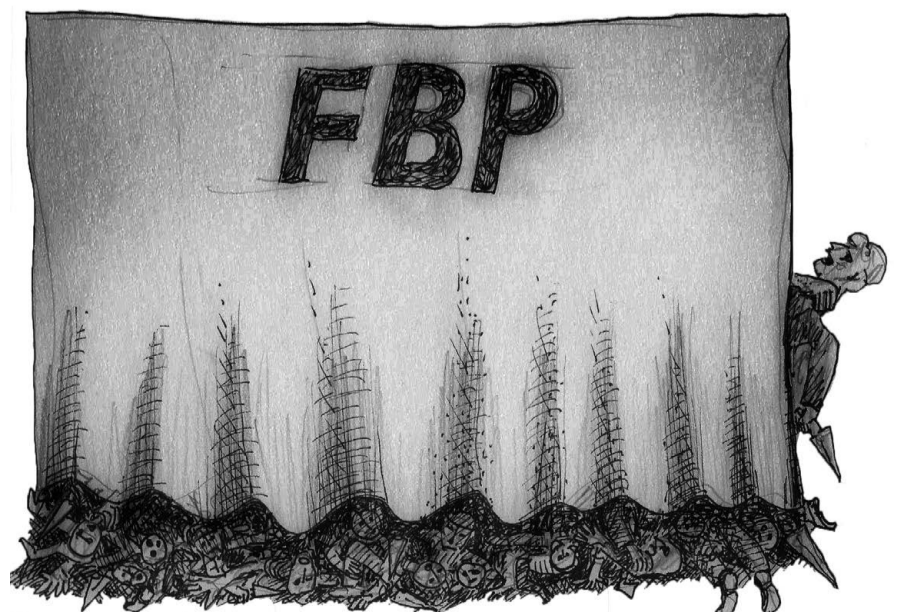
Eschen: Den Bock zum Gärtner?

Forst- und Landwirtschaftskommission
GRB 15.10.095, 29.05.2019
Schächle Simon, Gemeinderat (Vorsitz)

Na ja, ein Schelm, wer Böses denkt. Da lässt sich der neugewählte DPL-Gemeinderat Simon Schächle in Eschen, beruflich orientiert als selbständiger Forstdienstleister, dann gleich auch mal in die richtige Kom-

mission wählen. Als Vorsitzender! Interessenskonflikte? Keine Spur, aber nur wenn er auch auf sämtliche Forstaufträge der Gemeinde Eschen verzichtet! Mal schauen, was die Zukunft zeigt.

HARRY QUADERER



Wenn es Nacht wird in Vaduz...

hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein

www.du4.li Ausgabe 2/19 – Juni 2019

Ausserordentlich

von Harry Quaderer

Im guten Wissen, dass zwischen dem Schreiben dieser Zeilen und dem Druck und der Verteilung dieser Ausgabe des «hoi du» ca. eine Woche verstreicht und die Sachlage wiederum auf den Kopf gestellt werden könnte, wage ich ein kurzes persönliches Résumée der Aurelia Frick/GPK/FBP Berater-Affäre. Ganz im Sinne einer Pressemitteilung des Ministeriums für Äusseres, Justiz und Kultur: **Politik schuldet der Bevölkerung Transparenz.**

Wer bis dato die Pressemitteilungen des Ministeriums von Regierungsrätin Frick und von Seiten der GPK gelesen hat, kann nur zu einem Schluss kommen: Die Ministerin und die Geschäftsprüfungskommission stehen sich feindselig gegenüber. Wer hat recht, was ist richtig, was ist falsch, wem kann man überhaupt glauben?

Wo bleibt die Transparenz? Eine ausserordentliche Landtagssitzung, in welcher die GPK und auch Regierungsrätin Frick alle Fakten auf den Tisch legen können, wird Klarheit schaffen. Hoffentlich.

Es ist aber auch traurig, dass eine Sonder-Sitzung des Landtags notwendig ist, um Klarheit zu schaffen. Man sollte sich nicht vor der Tatsache verstecken, dass der unsägliche Hickhack nicht nur im In-, sondern auch im Ausland Spuren hinterlassen hat. Wahrscheinlich untertreibe ich, wenn ich sage, dass «Politik» definitiv ein Wort geworden ist, das in der Bevölkerung nur noch Kopfschütteln auslöst.

Wo steht eigentlich unsere staatstragende Ko-Opposition oder Koalition in dieser Affäre?

Wer sind Ross und Reiter. Der stv. FBP-Abgeordnete Alexander Batliner nahm Aurelia Frick schon wegen ihrem überzogenen Reisebudget in die Zange. Es war ein VU-Politiker, Frank Konrad, der im Landtag in einer Kleinen Anfrage die etwas provokative Frage stellte, ob es sich bei diesen Ausgaben für Berater um keinerlei private Aufwendungen handle? Die GPK des Landtags (Vorsitz Thomas Rehak (DPL), Mitglieder Frank Konrad (VU), Georg Kaufmann (FL), Ado Vogt (du) sowie Alexander Batliner (FBP)) steht im Fokus des Geschehens, hatte aber bis dato eigentlich nur die Gelegenheit, Aussagen von Aurelia Frick in Pressemitteilungen zu dementieren oder zu widersprechen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr als verständlich, dass die GPK eine Landtagssitzung wollte, in welcher die Ministerin keinen Fragen wird ausweichen können.

Und wo blieb eigentlich der Regierungschef Adrian Hasler in den ersten Tagen dieser zum Teil sehr emotional geführten Debatte? Hätte er als Chef dieser Regierung und notabene als Finanzminister nicht von Anfang an klar Stellung beziehen sollen oder können? Erst als die GPK eine a.o. Landtagssitzung gefordert hatte, kam der Regierungschef hinterher und bestätigte in einem Radio-Interview, dass «seine»



Wirbelsturm Aurelia fegt übers Land

Ministerin volle Transparenz schaffen müsse. Das Verhalten des Regierungschefs machte einmal mehr deutlich, dass er und Ministerin Frick nicht oder nicht mehr «so gut miteinander können».

Vom Rest der Koalitionsregierung hörte und sah man in dieser Angelegenheit sowieso nichts. Das Eisen ist wohl zu heiss. Was ist das für eine Koalitionsregierung? Eine Ministerkollegin steht im Kreuzfeuer der Kritik, aber die andern sagen einfach mal nichts.

Anders die Landtagsvizepräsidentin Gunilla Kranz (VU). In einem wohlthuenden, vom Genderwahn befreiten, sehr sachlich geschriebenen Standpunkt legte sie die wirklich relevanten Aspekte dar. Nicht zuletzt wies sie darauf hin, dass Urkundenunterdrückung gemäss unserem Strafgesetzbuch eine strafbare Handlung ist. Im Ministerium von Aurelia Frick wurden Rechnungen geschwärzt und geschreddert. Das könnte wohl eine Form der «Unterdrückung» sein.

Geradezu grotesk hat sich der Abgeordnete Thomas Lageder verhalten. Man könnte sagen, er hat sich geradezu «monarchisch» aufgespielt oder sich wie das Staatsoberhaupt in Szene gesetzt, als er sagte, er habe dieser Regierung noch nie vertraut. Was soll das heissen? Würde er die Regierung gerne absetzen? Die Regierung wurde, wie es Verfassung und Gesetz vorschreiben, nach klaren demokratischen Regeln ein-

gesetzt und vom Fürsten bestätigt. Wenn Lageder sagt, er vertraue der Regierung nicht, dann sagt er letztlich er vertraue unserem demokratischen System nicht.

Aber Lageder vertraut oder unterstützt offenbar die Regierungsrätin Aurelia Frick. Zumindest unterzeichnete er die Unterstützungsbotschaft, die in beiden Tageszeitungen und in der Liewo veröffentlicht wurden. Der Regierung vertraut Lageder nicht, aber er ist ein Bewunderer der Regierungsrätin Aurelia Frick.

«Wenn sie Dich persönlich angreifen, bedeutet das, dass sie kein einziges politisches Argument mehr haben.» (Margaret Thatcher)

Mit diesem Zitat unterstützten über 100 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, darunter eben der Abgeordnete Thomas Lageder, in einem ganzseitigen Inserat Aurelia Frick. Hat es sowas schon mal gegeben? Für mich hatte diese Aktion etwas Surreales. Zuerst muss ich zugeben, dass Maggie Thatcher für mich die grösste Polit-Figur aller Zeiten ist. Eine politische Ausnahmeerscheinung, welche die Herren Männer und Frauen Politiker der Vergangenheit und Gegenwart überschattet.

Irgendwie hatte ich den Eindruck, dass eine Aussage von Maggie Thatcher missbraucht wurde. Auf jeden Fall traue ich mir zu sagen, dass Maggie Thatcher nicht mit Au-

relia Frick verglichen werden kann. Darf ich das sagen? Oder ist dies jetzt ein persönlicher Angriff auf Aurelia Frick?

Apropos Frauen. Hat da Aurelia Frick wirklich gesagt, würde sie Aurelio anstatt Aurelia heissen, wäre diese ganze Sache nie aufs Tapet gekommen? Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Suggestiert die Justizministerin, dass Mann und Frau vor dem Gesetz etwa nicht gleich sind?

Wem kann man glauben?

Zitat aus einer Pressemitteilung des Ministeriums von Aurelia Frick: «Bei den detaillierten Stundenabrechnungen wurden einige Personennamen nicht bekannt gegeben. Da auch die GPK die Bedeutung des Persönlichkeitsschutzes erkannte, hat sie vorgeschlagen, diese Namen auf der detaillierten Stundenabrechnung zu schwärzen.»

Aus einer Pressemitteilung der GPK: «Die Regierungsrätin erklärte an der heutigen Pressekonferenz, dass nur Vor- und Nachnamen geschwärzt wurden. Diese Aussage entspricht nicht der Wahrheit.»

Aus einer Pressemitteilung des Ministeriums: «Ich verstehe, dass viele Menschen aufgrund der zum Teil widersprüchlichen Aussagen unsicher sind, was nun Sache ist. Mir ist es deshalb wichtig, Klarheit zu schaffen, so Aurelia Frick.»

Dann Mitteilung der GPK: «Laut ihren Aussagen zum Inhalt der geschwärzten Stellen wurde festgestellt, dass diese Ausgaben zum Teil nicht in den Zuständigkeitsbereich ihres Ministeriums Äusseres, Justiz und Kultur fallen.»

Die Situation ist ausserordentlich. In Anbetracht solch gravierender Widersprüche und Vorwürfe kommen wir um einen ausserordentlichen Landtag nicht herum. Dort, im Hohen Hause, werden wir vielleicht erfahren, wer die Wahrheit sagt und wer nicht.

Ives Saint Laurent soll mal gesagt haben, wer leicht rot werde, sollte beim Lügen grün tragen. Das heisst aber offenbar nicht unbedingt, dass leicht rot wird, wer grün trägt.

Aurelia sollte kandidieren können

Am 14. Juni erklärte Regierungsrätin Aurelia Frick in einem Radio-Interview, dass sie Lust bekommen habe, als Regierungschefin zu kandidieren. Unsere Regierungsparteien, FBP und VU, halten sich an ein ungeschriebenes Gesetz, dass Regierungsräte nicht mehr als zwei Legislaturperioden im Amt bleiben sollen. Lediglich für den Regierungschef bzw. die Regierungschefin gilt keine solche (parteiintern freiwillige) Amtszeitbeschränkung. Aurelia Frick absolviert die dritte Amtsperiode als Regierungsrätin. Sie kann also auf mehrere Jahre Regierungserfahrung zurückgreifen, was ihr als Regierungschefin zugute kommen könnte.

Das Parteipräsidium der FBP reagierte etwas unwirsch auf Fricks

Ansage auf Radio Liechtenstein. Grundsätzlich sei es jeder Liechtensteinerin und jedem Liechtensteiner unbenommen, die Ambition zu entwickeln, Regierungschefin oder Regierungschef werden zu wollen. Das gelte auch für Aurelia Frick. «In der Fortschrittlichen Bürgerpartei gibt es aber statutarisch definierte Strukturen und Gremien, die Nominationen für Ämter durchführen. An diesen Gremien führt kein Weg vorbei. Sich selber zu nominieren ist nicht möglich», liess das FBP-Präsidium in seiner Pressemitteilung verlauten. Und: Die Chance für Aurelia Frick, innerhalb der Gremien der FBP für das Amt der Regierungschefin nominiert zu werden, seien praktisch aussichtslos.

Ob man sich nun Aurelia Frick als

Regierungschefin vorstellen mag oder nicht, die Durchsage ihrer Partei widerspricht dem Wunsch der Liechtensteiner, die Regierung direkt wählen zu können. Im Frühjahr 2016 gaben die Unabhängigen eine repräsentative Umfrage über die Volkswahl der Regierung in Auftrag. Es stellte sich heraus, dass eine gute Zweidrittelmehrheit der Liechtensteiner Stimmberechtigten für die Direktwahl der Regierung ist. 67 Prozent aller Umfrageteilnehmer befürworteten mehr oder weniger dezidiert eine Direktwahl der Regierung durch das Volk.

Würden wir in Liechtenstein unsere Regierung direkt wählen, könnte sich Aurelia Frick einfach selber nominieren.

EDITORIAL

Am 25. Februar 2008 hielt die damalige Bundesrätin Doris Leuthard, am ersten Businessstag einen Vortrag über «Zauberquoten statt Quotenzauber – Die Frauen auf dem Weg in die Chefetagen». Die damalige Regierungsrätin Rita Kieber-Beck hatte das Patronat für den Businessstag, der dem Thema «Female Business – heute und morgen» gewidmet war, übernommen. Unter den Rednerinnen am Businessstag war u.a. auch die Headhunterin Aurelia Frick.

Irgendwann im Verlauf dieser Veranstaltung stand Bundesrätin Doris Leuthard, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Headhunterin Aurelia Frick zusammen auf dem Podium und strahlten in die Kamera. Etlichen Businessstag-Besuchern fiel auf, dass die Headhunterin Aurelia Frick mindestens so gut, wenn nicht besser, lächeln und strahlen konnte wie Leuthard und Kieber-Beck. Es kam die Frage auf: «Wäm ghöört denn dia?»

Aurelia Frick kommt aus schwarzem Haus. Das merkte auch die FBP, die Schwarzen, deren Präsident 2008 Marcus Vogt war. Im Herbst 2008 stellte die FBP Aurelia Frick als Regierungsratskandidatin vor. Für manche war das ein bisschen seltsam, weil Aurelia Frick bis dahin politisch in keiner Weise in Erscheinung getreten war. Sie war politisch ein unbeschriebenes Blatt. Aber sie konnte und kann sehr gut auftreten. Obwohl sie bis dahin noch kein politisches Amt innegehabt oder auch nur als schwarze Parteigängerin in irgendeiner Form in der FBP mitgearbeitet hatte, wurde sie von der FBP als Regierungsratskandidatin nominiert.

Im Dezember 2008 legte Aurelia Frick ihr Mandat als Direktorin der K1 Fund Distribution nieder. In Deutschland hatten Ermittlungen gegen Helmut Kiener K1 Fonds begonnen. (Beim Kiener-Skandal handelt es sich um einen der grössten Betrugsfälle in der deutschen Geschichte. Rund 5000 Kleinanleger und Banken sollen um ca. 300 Millionen Euro geprellt worden sein. Notabene: Aurelia Frick kam zwar wegen ihrer Funktion als Direktorin der K1 Fund Distribution in die Schlagzeilen, wurde aber nie angeklagt.) Als Begründung für diese Amtsniederlegung erklärte Aurelia Frick, dass ihre Bitten um Informationen zur Geschäftstätigkeit der K1 nur unbefriedigend beantwortet worden seien.

Mittlerweile, im zehnten Jahr als Regierungsrätin, sieht sich Aurelia Frick mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert. Die Geschäftsprüfungskommission des Landtags (GPK) wirft ihr vor, sie habe Fragen zu verschiedenen Ausgaben für Beratungsdienstleistungen nur zögerlich und unvollständig beantwortet.

Die Unabhängigen legten ihr nahe, Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten. In den Medien, nicht zuletzt im Volksblatt, dem «Parteiblatt» der FBP, hiess es sogleich, die Unabhängigen hätten den Rücktritt gefordert. Aurelia Frick reagierte mit was man als Flucht nach vorne bezeichnen könnte: Ein Rücktritt komme gar nicht in Frage. Im Gegenteil: Sie habe Lust bekommen, als Regierungschefkandidatin anzutreten.

Das FBP-Präsidium (Parteipräsident seit Februar 2019 wieder Marcus Vogt) reagierte etwas heftig auf Fricks Aussage im Radio. Grundsätzlich sei es jeder Liechtensteinerin und jedem Liechtensteiner unbenommen, die Ambition zu entwickeln, Regierungschefin oder Regierungschef werden zu wollen. Das gelte auch für Aurelia Frick. In der Fortschrittlichen Bürgerpartei gebe es aber statutarisch definierte Strukturen und Gremien, die Nominationen für Ämter durchführen. An diesen Gremien führe kein Weg vorbei. Sich selber zu nominieren sei nicht möglich. Und: Die Chance für Aurelia Frick, innerhalb der Gremien der FBP für das Amt der Regierungschefin nominiert zu werden, seien praktisch aussichtslos. Allerhand. Im Jahr 2008 baute die FBP den damaligen politischen Nobody Aurelia Frick als Regierungsrätin auf. Mit Erfolg. Gut zehn Jahre später scheint das Vertrauen der Partei in ihre Ministerin zerstört. Es wird eine ausserordentliche Landtagssitzung geben, in welcher die Ministerin «die Hosen runterlassen» und Transparenz schaffen müsse (Regierungschef Adrian Hasler). Sacha git's.

PIO SCHURTI

PIO SCHURTI

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

von Harry Quaderer

Die Gemeinderatswahlen sind vorbei. Die GR-Sitze sind verteilt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unseres Landes haben für einige Überraschungen gesorgt. Einen neuen Bürgermeister und acht Gemeinderätinnen in Vaduz, erstmals eine Vorsteherin in Triesen, sämtliche Vorsteher und Vorsteherin im Unterland «schwarz».

Grosse Überraschungen, herbe Enttäuschungen, grosser Erfolg für die Frauen, schwaches Abschneiden der DPL und auch der Unabhängigen, wäre mein Résumé. Die grossen VU-Hoffnungsträger für die GR-Wahlen, Günter Vogt in Balzers und auch Frank Konrad in Vaduz, verfehlten ihre Ziele kläglich. Einen bestehenden Vorsteher partout schlechztureden hat in Balzers nicht die gewünschte Wirkung gezeigt bzw. das Resultat zeigt, dass sogar die eingefleischten VU-ler in Balzers diese verfehlte Strategie nicht goutierten. Frank Konrad ist es wohl auch nicht gelungen, sein Image als «Macher» für Vaduz in Stimmen umzumünzen. Seine politische Vergangenheit im GR Vaduz hinterliess wohl zu tiefe Spuren, um die Wählerinnen und Wähler in Vaduz umzustimmen.

Es nützt nichts über andere Parteien zu lästern. Die Unabhängigen haben natürlich gehörig aufs Dach bekommen. Nur einer, Jack Quaderer, Schaan wurde wieder gewählt. Ivo Kaufmann, Peter Laukas wurden trotz 4 Jahren engagierten Arbeitens in den Gemeinden Triesen und Eschen nicht wiedergewählt. Bianca Risch in Vaduz wie auch Werner Frommelt in Eschen wurden für ihren Mut und Einsatz auch nicht belohnt. Schade! Auf jeden Fall gebührt ihnen eine herzliches Dankeschön – nicht zuletzt für ihre Bereitschaft, als du-Kandidaten in einer für die Unabhängigen schwierigen Zeit anzutreten.

Die Unabhängigen wurden sicher dafür bestraft, dass sich ihre Gruppierung in zwei Lager aufgeteilt hat. Mit sehr viel Vorschusslorbeeren als politische Gruppierung gestartet, haben wir nun vom Wähler den Unmut zu spüren bekommen. Natürlich hat die DPL auch ihr Fett abbekommen. Die DPL, die sich als politische Alleskönner-Partei aufspielt, hat zu beweisen, was sie wirklich kann. Meiner Meinung nach bisher viel Schall und Rauch! Das bringt mich jetzt zu ein paar sehr aktuellen Themen, die Land und Leute derzeit beschäftigen:

Gesundheitskosten und Gesundheitskomitee. Die vom Volk angenommene Revision des KVG zeigt Wirkung. Wenn man sich die

Tabellen und Ausführungen des Gesundheitsministeriums anschaut, ist doch klar ersichtlich, dass endlich mal Nägel mit Köpfen gemacht wurden, was sich auch mit Zahlen und Fakten erhärten lässt. Gesundheitsminister Pedrazzini hat die richtigen Knöpfe gedrückt, ohne Wenn und Aber. Dass die Gesundheitskosten immer noch sehr hoch sind, dürfte wohl auch damit verbunden sein, dass wir in Liechtenstein wohl die mit Abstand beste Gesundheitsversorgung in Mitteleuropa geniessen dürfen. Dass wir Leute haben, welchen die monatliche Krankenkassen-Rechnung sehr schwer auf dem Geldbeutel liegt, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Man könnte sich aber fragen, warum sehr viele Leute nicht von der Krankenkassenverbilligung Gebrauch machen? Wenn man hört, dass Personen mit niedrigen Einkommen sich Privat- oder Halbprivat Versicherungen leisten, dürfte es wohl auch nicht erstaunen, dass es dann am Ende des Monats «knapp» wird.

FL und VU entpuppen sich schon wieder als rosarote Geschwisterparteien. Die FL stellt den Antrag den OKP-Beitrag des Landes zu verdoppeln! Die VU – etwas bescheidener – aber immer noch im Image der «Dokterle» Partei – stellt den Antrag auf Erhöhung des OKP-Beitrags um 4 Mio., dazu soll es noch 6 Mio. an zusätzlichen Prämienverbilligung geben. Diese müssen dann auch zwingend den Leuten verteilt werden. Somit werden die Schleusen zur Bremsung der Gesundheitskosten geöffnet. Die Damen und Herren in weissen Kitteln dürfen sich freuen. Die Patientinnen und Patientinnen werden in kürzester Zeit merken, dass sich an ihren Prämien gar nichts ändert, ausser dass man halt den Staatshaushalt wieder einmal solidarisch aufbläht.

Wenn sich ein Gesundheitskomitee findet, das nicht den Mut hat, sich mit dem Gesundheitsminister über ihr Anliegen mal «ehrlich» auszutauschen, ja dann wird es ganz schwierig. Und wenn man dann munkeln hört, wer die Drahtzieher hinter diesem Komitee wirklich sind, dann sollte man die Faust nicht länger im Sack machen. Oder könnte der Geschäftsführer der Ärztekammer solche Gerüchte dementieren? Nein, er findet sogar noch Verständnis, wenn ein Kinderarzt, welcher bewiesenermassen einen Erwerb von weit über einer Million verzeichnet, seinen «armen» Patienten erklärten, sie sollen ruhig demonstrieren gehen. Besagter Kinderarzt wurde übrigens gerichtlich gemassregelt, da er sich einen zu geringen Lohn zahlte und abertausende von Franken an «Sozialkosten»

ersparte. Solidarisch, aber nur in den eigenen Sack!

Inszenierte Protestbewegungen sind für mich nicht glaubwürdig. Und wenn dann die Freie Liste und auch die VU auf dieses Züglein aufspringen, sollte man erst recht aufmerksam werden. Die Freie Liste rührt ja mit einer Verdoppelung des OKP-Beitrags von 29 auf 58 Millionen schon wieder ganz gehörig im Topf der Staatskasse. Je mehr Geld auf der hohen Kante, umso sozialer gebärden sich die Weissen. Und ja, wie gesagt, die Rosaroten doppelten nach. Und ja auch der parteilose Abgeordnete Kaiser hat es sich zum Ziel gemacht, den Geldhahn zu Lasten der Allgemeinheit aufzudrehen. In meinen Augen ist dies nichts anders als politische Schaumschlägerei, und zu glauben, dass sich die Gesundheitskosten mit solchen Vorstössen längerfristig einbremsen lassen, ist schlichtweg naiv.

Milchhof, Radio L und die Post

Wo wären wir denn, wenn es nicht mindestens in einem öffentlichen Unternehmen, einer Stiftung etc. in unserem Lande rumorte und knisterte? Zum Thema Milchhof hat Gemeinderat Jack Quaderer sich schon einige Male sehr kritisch geäussert und scheint in allen Belangen Recht zu bekommen. (Vergleiche seinen Kommentar in dieser hoi du-Ausgabe).

Radio L und die Post haben in den letzten Jahren den Landtag, Land und Leute schon einige Male in grosse Verwunderung und entsetztes Staunen versetzt. Wer dachte, dass die Schiffe in Sachen Post mit ihrem gescheiterten ausländischen Akquisitionen und bei Radio L mit seinen immer wiederkehrenden Budgetüberschreitungen mal endlich in ruhigere Gewässer navigiert worden seien, könnte sich getäuscht haben. Die Spatzen pfeifen da einiges Ungemach von den Dächern!

Bibliothek und Kletterhalle

Auch die Fraktion der Neuen wird früher oder später mal einsehen, dass man nicht in jedem Thema ein Spezialist sein kann und vielleicht mal gut daran täte, den Fachgelehrten auch mal ein bisschen Glauben und Anerkennung zu schenken. Einfach immer wieder das Haar in der Suppe zu suchen ist das Eine, wenn man aber vor lauter vermeintlichen Haaren (gefärbt oder auch nicht ;-)) die Suppe nicht mehr erkennt, wird das Ganze eher etwas peinlich und strahlt kaum einen Funken Glaubwürdigkeit aus! Seien wir doch ehrlich: Wenn man die Kletterhalle im Landtag (damals von der noch 5köpfigen du-Fraktion unterstützt) als eine tolle Geschichte für Land und vor allem junge

Leute voll unterstützt hatte, wirkte es völlig unglaubwürdig, wie die «Neuen» mit hanebüchenern Argumenten versuchten, den Verpflichtungskredit Landesbibliothek zu verhindern. Mal sehen, wie sie sich zu folgenden Grossinvestitionen (Landesspital; SZU II), die meines Erachtens wirklich einer kritischen Beleuchtung bedürfen, stellen werden.

Liechtensteinisches Landesspital, Schulzentrum Unterland

Am Geld wird es wohl nicht liegen. Die Frage ist ganz einfach: Soll man sich etwas leisten im guten Wissen, dass Sinn und Nutzen nicht gegeben sind. So sehe zumindest ich diese zwei sich anbahnenden Verpflichtungskredite, was Sinn und Nutzen betrifft. Warum eine neue Schule bauen, ohne fundiertem Wissen über Schülerzahlen? Nehmen jetzt die Schülerzahlen im Unterland ab oder zu, wäre meine Frage. Aber vielleicht ist dies der falsche Ansatz. Die wirklichen Fehler in der Schulraumplanung wurden in der Vergangenheit gemacht und darum wird man halt jetzt eine neue Schule im Unterland bauen, ob sinnvoll oder nicht.

Was soll ich zu einem Verpflichtungskredit Landesspital noch sagen, was ich nicht schon mindestens 10 mal gesagt habe? Unser Nachbarstaat, die Schweiz, hat unlängst in mehreren Kantonen begriffen, dass kleine Regionalspitäler, die meinen, alles machen zu können, schlicht und einfach keine Überlebenschance haben. Da verhält es sich bei uns wohl sehr antizyklisch. Was in der Schweiz nicht funktioniert, soll bei uns funktionieren? Von Qualität bis Fallzahlen, alles paletti? Warum ist es solch ein Ding der Unmöglichkeit, sich mit dem Kanton SG zu arrangieren und sich Fachgebiete auszutauschen, bei welchem es «Leuchttürme» bei uns und ennet dem Rhein gibt, anstatt zu versuchen, sich partout Klienten streitig zu machen, und am Schluss reicht es halt trotzdem nur noch für ein Spital und nicht zwei? Medicnova, ihr Abschiedsgruss ist inzwischen schon verhallt! Wie schon angekündigt, wird der Verpflichtungskredit Neubau Landesspital vor's Volk kommen. Harren wir der Dinge.

Casinoland Liechtenstein

Auch hier ist schön zu sehen wie sich die Rosaroten vereinen. Da belehrt uns der Fraktionssprecher der VU, Günther Vogt, wie man «verbindlich» mit einem «unverbindlichen» Postulat die Casino Flut zu bewältigen hat. Wenn die VU wirklich will, dass wir keine Casinos mehr bauen und den bestehenden Casinos die Lizenzen nehmen, müsste sie schon ehrlicher politisieren. Im selben Boot befindet sich Landtagspräsident Frick. Nur mit salbungsvollen Reden lässt sich nichts bewirken! Von den Weissen will ich nun mal ganz absehen. Sie politisieren ja mit Vorliebe mit der Masche, dass sie alles besser wissen und schulmeisterlich den Leuten erklären, was gut und was schlecht für sie ist. Die liberalen Weissen, offen für alles, was ihnen gefällt und was der allgemeine Steuerzahler dann zu berappen hat. Mit Vorliebe fliesen dann diese Gelder in die Hosentaschen von solchen Leuten, die es am allerwenigsten nötig haben (z.B. Ärzte) oder man gründet halt schon wieder ein NGO oder man erhöht die Kosten für Auslandhilfe. Das jüngste Meisterstück: Man fordert den Rücktritt einer Person (Karlheinz Ospelt/Lie Mobil), nur weil diese sich anmass, eine andere Meinung zu vertreten als diejenige des Abgeordneten Lagered. Schön weisse liberale Gesinnung!

Und DU?

Wir bleiben wohl als einzige Partei unserem Motto und unseren Positionen treu. Damit die Wählerinnen und Wähler nicht vergessen, warum sie uns gewählt haben, publizieren wir unsere Positionen, die wir vor den Landtagswahlen 2017 erarbeitet haben nochmals in dieser «hoi du» Ausgabe. Die Unabhängigen haben unlängst in einer Sitzung beschlossen, das Thema «Direktwahl Regierung» noch einmal zur Diskussion vorzulegen. Eine mögliche Direktwahl der Regierung muss unseres Erachtens breit diskutiert werden und kann nur in einem demokratischen Prozess, der eine möglichst grosse Anzahl der Landesangehörigen mit einbezieht, realisiert werden.

Unsere Positionen

Diese Verfassungsbestimmungen sind für uns Programm:
«Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung» (Art. 57 LV) und geloben «das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern» (Art. 54 LV).

Die du-Abgeordneten sind fest entschlossen, unabhängig von Parteiinteressen zum Wohl unserer Heimat beizutragen.

Wie unser Name «du – die Unabhängigen» sagt, sind wir keine Einheitspartei, sondern eine Gruppe von selbständig denkenden und handelnden Personen, die sich zusammengefunden haben, weil wir viele Aufgaben und Herausforderungen ähnlich sehen. Noch einiger sind wir uns über die Art und Weise, wie die anstehenden Aufgaben angepackt werden sollen:

- **pragmatisch anstatt mit ideologischen «Nebenrücksichten»,**
- **zielstrebig und geradlinig anstatt mit parteipolitischen Haken-schlägen und Winkelzügen,**
- **der Aufklärung anstatt der politischen Korrektheit verpflichtet,**
- **mit dem Wohl der Allgemeinheit fest im Auge anstatt auf Partikularinteressen schielend,**
- **zupackend anstatt zaudernd.**

Spendierlaune im Wahlkampf

von Harry Quaderer

«Verantwortungsvoller Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven», so der Titel des von FBP-Fraktion eingereichten Postulats, das im kommenden September zur Behandlung steht. Oder wie es Elfried Hasler ausdrückt: «Steuer-gelder dort einsetzen, wo die Wirkung des Franken am grössten ist». Dem kann man ja eigentlich vorbehaltlos zustimmen. Aber nur wenn das Wörtchen wenn nicht wär! Im Juni-Landtag gab's paar Musterbeispiele von nicht verantwortungsvollem Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven. Der

Landtagswahlkampf wird schon eingeläutet, auf Parteien nehmen bereits wieder das staatliche Geldsäckel in die Hand...

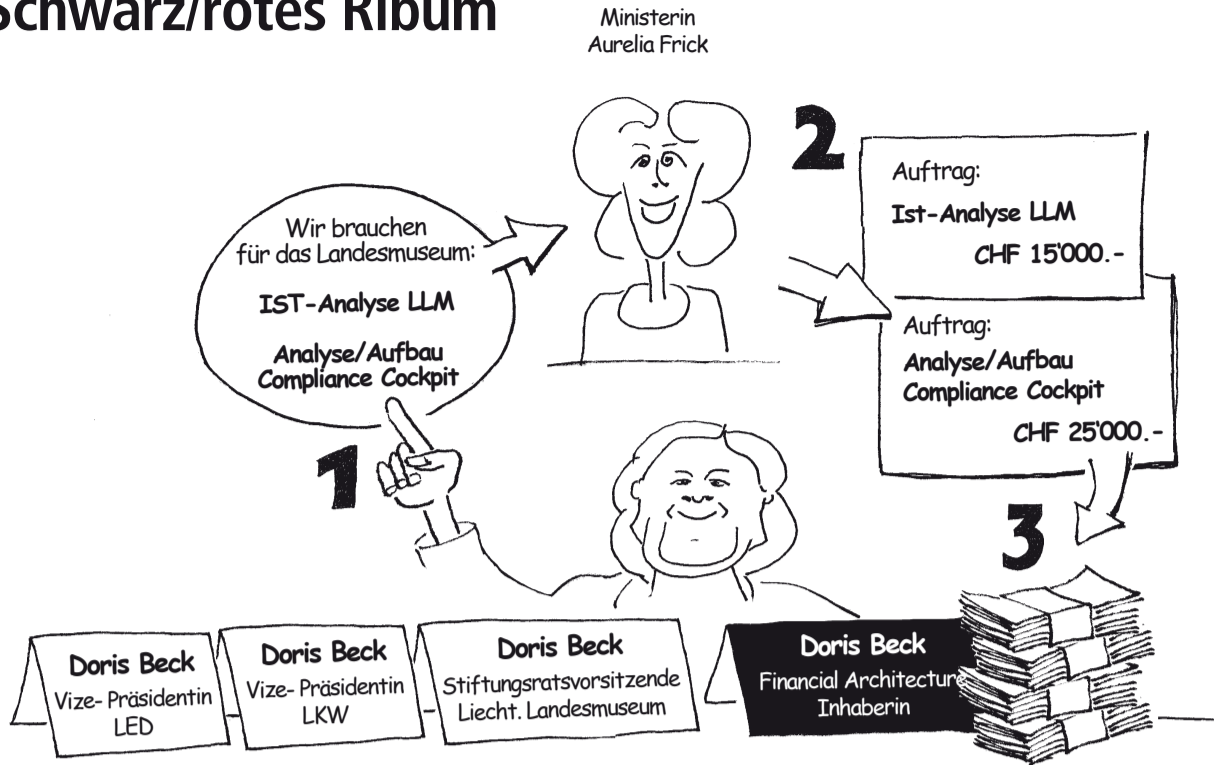
Ein Münsterchen?

SZU II

Der Landtag bewilligte rund CHF 100 Millionen für Schulbauten. Davon CHF 52.6 Millionen für das SZU II im guten Wissen, dass die Schülerzahlen im Sinkflug sind. Der Boden aus dem Fass gehauen hat der Landtag, indem er zusätzlich noch 3.5 Millionen Franken für

eine Dreifach- anstatt der von der Regierung geplanten Zweifachturnhalle grossmehrheitlich bewilligte! Da reicht ein einfaches Bitti-Bätti-Schreiben des LOC, das notabene am Vorabend der Landtagssitzung den Abgeordneten noch schnell gestellt wurde, und der Landtag kippt um wie Kegel. Die Gemeinden Ruggell, Schellenberg und auch Gamprin wären sehr wohl mit einer Zweifachturnhalle zufrieden gewesen – aber eben. Der Landtag ist in Spendierlaune. Verantwortungsvoller Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven. Hahaha.

Schwarz/rotes Ribum



Das pink verzierte Kartenhäuschen der Aussenministerin (am Bärge bekannt als «Guccimeiti») Aurelia Frick scheint zusammenzufallen. Zum Glück hat die GPK endlich mal gesagt, es reicht. Dass es dann grad auch noch zu einer ausserordentlichen Landtagssitzung kommen würde, das haben wohl die wenigsten erwartet. Die GPK, der Landtag wollen jetzt aber mal genau sehen, ob die Gelder «verantwortungsvoll» verwendet wurden.

Was können wir von dieser Sonder-Sitzung des Landtags erwarten? Eigentlich nur Peinlichkeiten. Wenn der Landtag seine Aufgabe ernst nimmt, dann wird er einen gehörigen schwarz-roten Filz aufdröseln können.

Financial Architectures

Es wäre falsch, diese «Berater-Affäre» einfach als Knaatsch innerhalb der FBP abzuhaken. Auch die ehemalige Fraktionssprecherin der Vaterländischen Union, Doris Beck, CEO der Firma Financial Architectures, lukrierte ein paar tolle Aufträge von Ministerin Frick und liess sich beim Rechnungstellen auch nicht lumpen:

Rechnung Auftrag IST-Analyse LLM CHF 15'000

Rechnung Auftrag Analyse/Aufbau Compliance Cockpit CHF 25'000

Wäre ja alles halb so wild, wenn man nicht wüsste, dass Doris Beck gerade auch noch Stiftungsratspräsidentin des LLM (Liechtensteinisches Landesmuseum) wäre. Und sie ist auch Stiftungsratsvizepräsidentin des LED (Liechtensteinerischer Entwicklungsdienst) und ja auch dort hat sie sich Aufträge im ähnlichen Umfang vom Ressort Äussern eingeheimst.

Im Juni-Landtag stellte der VU-Abgeordnete Frank Konrad folgende Frage:

Unter dem Konto «012.318.03 Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit» wurden für das Jahr 2018 CHF 3,7 Mio. budgetiert und insgesamt rund CHF 3,62 Mio. von allen Ministerien abgerechnet. Zwei Ministerien haben das Budget leicht überzogen, zwei weitere haben das Budget bei weitem nicht ausgeschöpft und das Ministerium der Regierungsrätin Aurelia Frick hat

das Budget um 42,7% überzogen. In Zahlen ausgedrückt sind anstatt den budgetierten CHF 620'000 rund CHF 885'000 ausgegeben worden. *1. Können Sie, Frau Regierungsrätin Aurelia Frick, versichern, dass es sich hierbei um keinerlei private Aufwendungen handelt?*

Antwort: *Die Frage ist tendenziös und ich weise diesen Vorwurf mit aller Vehemenz zurück.*

Mit dieser Antwort war Aurelia Frick sehr schlecht beraten. Für was gibt sie hunderttausende Franken für Kommunikationsberatung aus? Die Beratung scheint nichts genützt zu haben, sonst gäbe sie dem Landtag keine solche arrogante Antwort. Wir dürfen gespannt sein auf die ausserordentliche Landtagssitzung Anfang Juli. Werden Rot und Schwarz einfach auf Aurelia Frick herumhaken oder werden sie zur Kenntnis nehmen, dass Regierungsrätin Frick eigentlich nichts anderes gemacht hat, als das «rot-schwarze System» auszuleben. Rot und Schwarz haben Jöbchen bekommen, alles lief gut, bis die lästige GPK mal nachfragte, wofür denn das Geld eigentlich aufgegangen sei. (HQ)

Nichtregierungsorganisationen und ihre Fakten

von Ado Vogt

Mittlerweile gibt es in Liechtenstein unzählige Vereine, die sich vermeintlich um das Wohl der Allgemeinheit kümmern wollen. So drängeln sich diverse Netzwerke medienwirksam in den Vordergrund, um irgendwelche Ungerechtigkeiten anzumahnen. Ob diese Ungerechtigkeiten faktisch begründet sind, spielt keine Rolle, solange man die Moral und die öffentliche Meinung auf seiner Seite wähnt. So musste selbst der Verein für Menschenrechte in seinem Jahresbericht 2018 feststellen, dass die Menschenrechtssituation in Liechtenstein gut ist. Zum gleichen Fazit kommt man auch mit etwas gesundem Menschenverstand, wenn man täglich die internationalen Medien verfolgt.

Da dieses Fazit ja eigentlich die Sinnhaftigkeit des Vereins in Frage stellt, prangert der Verein – vom Steuerzahler grosszügig subventioniert – Liechtenstein international an. So reichten im Juni 2018 das Frauennetz als Dachverband und seine Vereine sowie der Verein für Menschenrechte einen Schattenbericht über die Menschenrechtssituation in Liechtenstein an die UNO Frauenrechtskonvention ein. In diesem Bericht werden teils happige Vorwürfe gegen liechtensteinische Behörden, wie etwa die Polizei, erhoben.

Der stellvertretende Abgeordnete Alexander Batliner wollte im Mai Landtag im Rahmen einer kleinen

Anfrage wissen, ob die gemachten Anschuldigungen der Wahrheit entsprächen. Die Antworten der Regierung zeigten deutlich, dass an diesen Vorwürfen nichts dran ist. Trotzdem muss sich nun Liechtenstein vor dem UNO-Ausschuss rechtfertigen.

Dieser Ausschuss setzt sich aus 23 Experten zusammen. Wer etwas Geduld hat und sich die Zusammensetzung anschaut, wird rasch feststellen, dass die vertretenen Länder nicht gerade als Leuchttürme der Menschenrechte gelten. Wenn sich Liechtenstein auf die gleiche Stufe stellen will, haben wir nach unten noch viel Potenzial. Dass das Ganze auch noch zusätzlich Geld, nämlich Steuergeld kostet, ist zumindest erwähnenswert.

Mich stört, dass diese Vereine demokratisch nicht legitimiert sind. Die Verantwortlichen stellen sich keiner (Volks-)Wahl, müssen keine politische Verantwortung übernehmen und tragen sowieso keinerlei Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, selbst wenn ihre Ratschläge die Allgemeinheit viel Geld kosten. Dies zeigt z.B. der Einfluss des VCL auf Entscheide in der Verkehrspolitik.

Es liegt aber an den Politikern, nicht einfach den Aussagen dieser Nichtregierungsorganisationen zu glauben, sondern kritisch zu bleiben. Denn eines ist klar: Sind diese Vereine erst einmal politisch etabliert und finanziert, sorgen sie schon selbst dafür, dass ihnen die Arbeit nicht ausgeht.

Milchhof

von Jack Quaderer

Ende November 2014 begannen die Abbrucharbeiten am alten Gebäude des Milchhofes in Schaan. Geplant waren ein neues Verwaltungsgebäude und ein neuer Produktionstrakt, in dem nebst den bisherigen Produkten, (Frischmilch, Rahm, Joghurt etc.) auch Käse produziert werden sollte. Diese Investition sollte die liechtensteinische Landwirtschaft nachhaltig stärken und in eine gesicherte finanzielle Zukunft führen. Das Geschäft müsse ein Erfolg werden, hiess es damals. Der Milchhof ist Abnehmer und Verarbeitungsbetrieb für die meisten Milchbauern unseres Landes und seinem wirtschaftlichen Erfolg kommt grosse Bedeutung zu. Ich habe damals bei Baubeginn die Pläne und Projekte der Agrarexperten hinterfragt. Es war abzusehen, dass der europäische Markt mit Milch überschwemmt würde und der Milchpreis tatsächlich in den Keller sauste. Von Anfang an war klar, dass der Heimmarkt zu klein ist und der Milchhof auf Export angewiesen ist. Darum wurde auch jährlich an der Grünen Woche in Berlin hoffnungsvoll für unseren Käse geworben, um neue Absatz-Kanäle zu erschliessen. Unser Land liess sich den Auftritt jedes Mal gut hunderttausend Franken kosten.

Speziell in Deutschland wollte der Milchhof mit Käse im Hochpreis-Segment Fuss fassen. Was bis jetzt nicht gelungen ist. Grössere Probleme gab es anfänglich auch mit der Haltbarkeit der Milch. Dieses Problem konnte aber schnell behoben werden. Überraschend war, dass der Geschäftsführer und Lebensmittel-

spezialist Rainer Hoop, trotz guten Geschäftsergebnissen, ziemlich bald nach dem Baubeginn das Unternehmen verliess. Als Begründung wurde angeführt, es brauche einen ausgewiesenen Käsefachmann und den habe man in der Person von Josef Schuler gefunden. Aber auch er konnte den Käseverkauf nicht genügend steigern. Der Verkauf sei nicht so laufen, wie erhofft. Offiziell drang nichts Genaueres nach aussen; es wurde geschwiegen.

Das Vaterland berichtete letzthin über die finanziell schwierige Lage des Milchhofs und die Kündigungen von sechs Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Im Volksblatt wurde die ganze Angelegenheit wieder schöneredet. Ob nun der neue, vorübergehend eingesetzte Geschäftsführer Kurt Schädler das Ruder herumzureissen vermag, wird man dann sehen.

Mein Tipp wäre: Schnellstmöglich ein grosses Milchverarbeitungsunternehmen suchen, das den Milchhof übernimmt und unter seinem Namen auf Vordermann bringt, bevor noch mehr Geld in den Sand gesetzt wird.

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti
Adresse: du – die Unabhängigen
Landstrasse 60
Postfach 442
9490 Vaduz
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19'850 Exemplare

Wildtierkorridore oder Totalabschuss

von Werner Frommelt

Der Schutzwald ist in Gefahr, Schalenwild muss weg, so lautet die Aussage des Leiters der Abteilung Wald und Landschaft beim Amt für Umwelt. Durch die Überalterung der Bepflanzung unserer Vorfahren von schnell wachsenden Bäumen (Fichtenmonokulturen) im Schutzwaldgebiet stirbt der Schutzwald langsam, oder mittlerweile sogar schneller ab.

Um das Sterben der alten Bäume und somit auch die Schwächung des Schutzwaldes zu begründen, wurde ein schuldiger gesucht. Nach langem Suchen wurde nun das Schalenwild (Rot- Gams- und Rehwild) als alleiniger Übeltäter für das Schutzwaldsterben ausgemacht, auch der Jägerschaft wurde der schwarze Peter zugeschoben. Die Begründung dazu, der Abschuss sei zu gering.

Doch auch noch so bemühte Weidmänner und -frauen können in einer Jagdsaison nicht die geforderten Abschusszahlen erfüllen. **Den ganzen in seinem natürlichen Wanderverhalten durch die einzige das Land durchquerende Strasse behinderten Wildbestand auszuroten, wird den kranken überalterten Schutzwald auch nicht retten.**

Um den Schutzwald zu verjüngen und somit auch die Sicherheit der Liechtensteinischen Bevölkerung

zu gewährleisten, braucht es mehr als die vom Amt geforderte Totalreduktion des Schalenwildes, das auch wieder als Beute und somit Nahrung für die neu zugewanderten/durchstreifenden grossen Beutegreifer, namentlich Luchs und Wolf, dienen.

Das eingepferchte Schalenwild muss in ihrem Wanderverhalten unterstützt, ja sogar gefördert werden. Die Wildtierüberführung im Gebiet Schwabbrünnen scheint in der untersten Schublade beim Amt für Umwelt und der Regierung in Vergessenheit geraten zu sein. Oder ist ihnen ein natürliches Wanderverhalten unseres Wildes schlichtweg zu teuer?

Das Abkommen mit der Schweiz über den Wildtierkorridor, der Liechtenstein und das Schweizerische Rheintal verbinden sollte, ist unserer Regierung keinen Pfifferling mehr wert – oder zu teuer? Billiger und einfacher ist es natürlich, den schwarzen Peter der Jägerschaft zuzuschieben und die Abschusszahlen ins unermessliche hochzuschrauben.

Doch eine zu starke Reduktion unseres einheimischen, noch gesunden Wildbestandes fördert die Zuwanderung von mit Tuberkulose infiziertem Rotwild in unser Land und gefährdet im höchsten Grade

unsere Alp- und Landwirtschaft, die wiederum durch die Bestossung mit Kühen und Rindern und durch ihre harte körperliche Arbeit dafür sorgt, dass im Alpengebiet der Vermehrung und Hangrutschung Einhalt geboten wird.

Darum sollte sich das Amt und die Regierung die Kraft nehmen, für das Projekt Wildtierkorridor einzustehen und dadurch dem Wild einen Wechsel in Weidezonen zu ermöglichen. Auch sollten sich die Grundeigentümer Gedanken darüber machen, in den schön humusierten, vollen, flachen Teilen der Bauschuttdeponien am Waldrand dem Wild Äsungsflächen bereitzustellen, anstatt ins gleiche Horn wie das Amt für Umwelt, Abteilung Wald und Landschaft zu blasen, und einen Totalabschuss des Schalenwildbestandes zu fordern.

Zu einem natürlichen Wald gehören nun mal auch Hirsch, Gams und Reh, oder sollen unsere Kinder und Kindeskinde den König des Waldes und den stolzen Gamsbock nur noch in der von uns so glorifizierten digitalen Welt, nur noch im Internet zu sehen bekommen. Gebt dem Wild mehr Wandermöglichkeiten und schützt sie vor E-Bikern und Paragleitern in ihrem natürlichem Umfeld.